

Steve Kenner
Tonio Oeffering
(Hg.)

Standort- bestimmung Politische Bildung

Gesellschaftspolitische Herausforderungen, Zivilgesellschaft
und das vermeintliche Neutralitätsgebot

LESEPROBE

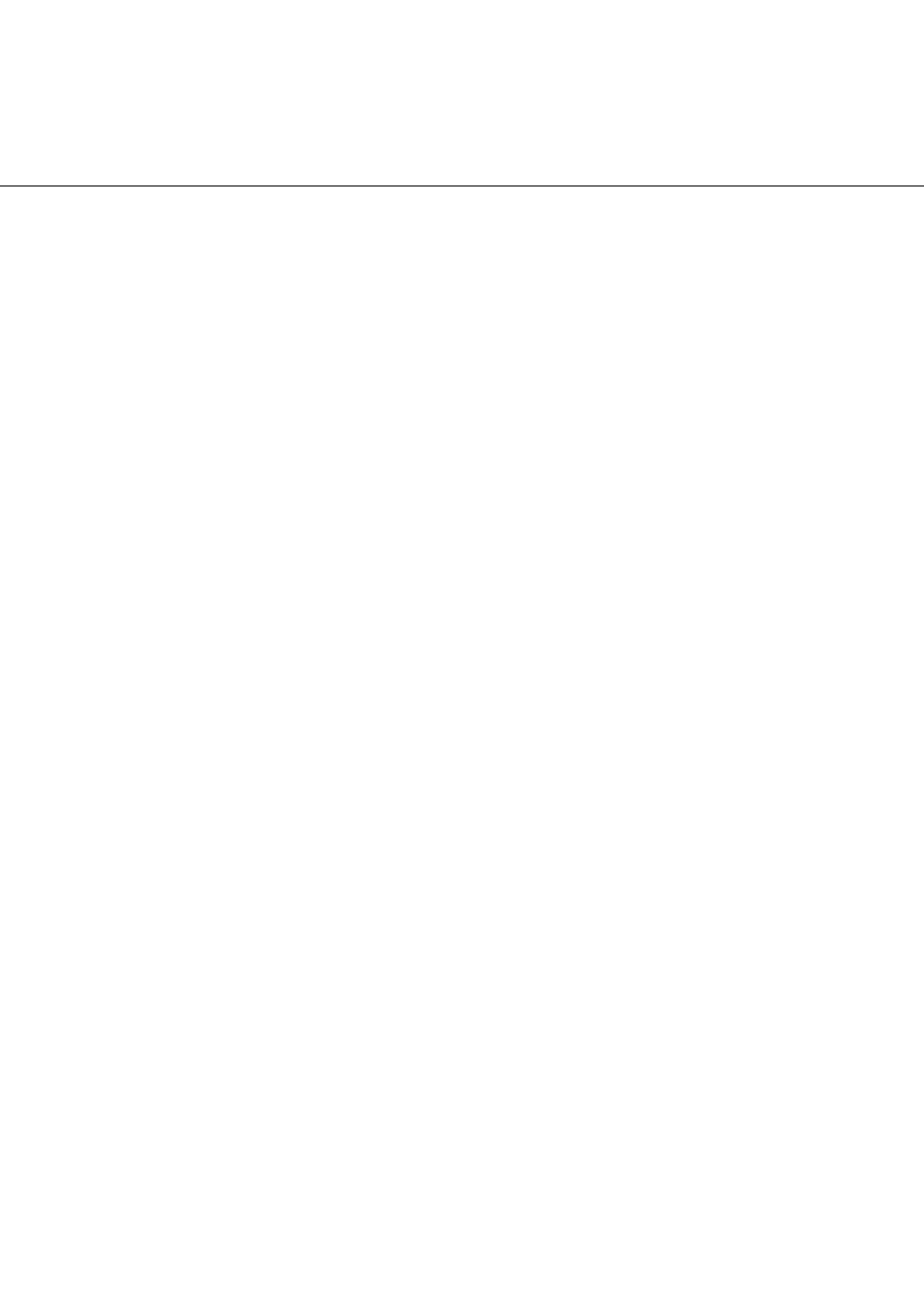


**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

Steve Kenner, Tonio Oeffering (Hg.)

Standortbestimmung Politische Bildung

Gesellschaftspolitische Herausforderungen,
Zivilgesellschaft und das vermeintliche Neutralitätsgebot



Steve Kenner, Tonio Oeffering (Hg.)

Standortbestimmung Politische Bildung

Gesellschaftspolitische Herausforderungen,
Zivilgesellschaft und das vermeintliche Neutralitätsgebot



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2022

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-1352-0 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-1353-7 (PDF)
DOI <https://doi.org/10.46499/1900>

INHALT

STEVE KENNER, TONIO OEFTERING

Standortbestimmung Politische Bildung. Einleitung 8

REINHOLD HEDTKE, GUDRUN HEINRICH, STEVE KENNER,

TONIO OEFTERING, CHRISTEL SCHRIEVERHOFF

Politische Bildung in der Krise – eine Positionsbestimmung 16

I NEUTRALITÄT UND NORMATIVITÄT

SIBYLLE REINHARDT

Das vermeintliche Neutralitätsgebot für die politische Bildung 31

MATTHIAS HEIL

Die Neutralisierung der Lehrkraft. Indoktrinierende Lehrer*innen
als „folk devils“ 39

PHILIPP MITTNIK

Zum Neutralitätsdiskurs in der Politischen Bildung?
Eine österreichische Perspektive 49

JANA SÄMANN

Das vermeintliche „Neutralitätsgebot“ als Einflussnahmeversuch
in der politischen Bildung 61

FRIEDERIKE BARTELS

Extremismusprävention als Herausforderung
für die politische Bildung 71

JENNIFER FARBER, ANNA MARIA KRÄMER

Position beziehen – Aber wie?!
Ein Praxisgespräch 82

II POLITISCHE BILDUNG IN KRISENZEITEN

LARA MÖLLER, ARNE SCHRADER

Inclusive Citizenship Education aus
rassismuskritischer und antiziganismuskritischer Perspektive 90

SEBASTIAN FISCHER

Warum fällt es vielen Lehrkräften in Sachsen schwer,
in der Schulöffentlichkeit gegen Rechtsextremismus
Position zu beziehen? 103

MARC GRIMM

Emotionen in der schulischen Bildung gegen Antisemitismus.
Herausforderungen und Chancen 117

KAI E. SCHUBERT

Der Nahostkonflikt und auf ihn bezogene Kontroversen
als Lerngegenstände 128

WERNER FRIEDRICHS

Radikale Demokratiebildung im Anthropozän 141

MICHAEL NAGEL

Politische Bildung in der Klimakrise 152

INGO JUHLER

„...die im Dunkeln sieht man nicht“ – Zur Mensch-Tier-Beziehung
in der politischen Bildung 163

JOHANNES DOMNICK, LENNART BERWANGER UND FABIAN MÜLLER

Mit emanzipatorisch-politischer Bildung sozial-ökologische
Transformation gestalten 176

**BASTIAN VAJEN, LARA GILDEHAUS,
MICHAEL LIEBENDÖRFER, CHRISTOPH WOLF**

Mathematisierung als Herausforderung für die politische Bildung . . . 188

SOPHIA BICKHARDT	
Weltoffenheit braucht Weltverstehen	201
MARTIN ALTHOFF, PHILIPP LEGRAND	
Politische Bildung im Kontext der Verwaltungsbildung und des Verwaltungshandelns – Handlungskorridore und Perspektiven	220
Autor*innen.	232

Politische Bildung in der Krise – eine Positionsbestimmung

Das Krisenhafte als Kern politischer Bildung

Die Beschäftigung mit krisenhaften Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und ihrem Verhältnis zur Natur gehört seit Jahrzehnten zum Kern der politischen Bildung. Sie wird auch seit jeher zu Zwecken der Krisenbewältigung adressiert und instrumentalisiert. Als subjektorientierte Bildung fördert sie die Auseinandersetzung von Menschen mit akuten Problemlagen und ihrer persönlichen und politischen Analyse, Beurteilung und Bearbeitung. Zahlreiche als krisenhaft wahrgenommene Phänomene hat die politische Bildung in der jüngeren Vergangenheit aufgegriffen: Wertewandel, Individualisierung, Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung, Artensterben, Massentierhaltung, Atomkatastrophen und Erderwärmung, Weltfinanzkrise, Krimkrieg und viele weitere Kriege, Terror, Flucht und Asyl, Autoritarismus, Desinformation, Demokratiedis­tanz, Extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus, Digitalisierung, Corona-Pandemie, um nur einige zu nennen. Krisen dieser Art kann man als zugespitzte Problemlagen verstehen, denen in Öffentlichkeit und Politik ein hoher Dringlichkeitsgrad attestiert wird.

Auch wenn immer wieder andere Probleme und Krisen öffentliche und politische Aufmerksamkeit gewinnen und Politik, Gesellschaft und Wirtschaft herausfordern, bleibt der Auftrag der politischen Bildung doch im Grundsatz derselbe (Lotz/Pohl 2019; Sander 2014): den Menschen das anzubieten, was sie brauchen, um sich ein eigenes, fundiertes Bild zu machen, Ursachen und Verursacher*innen, politischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Voraussetzungen und Wirkungszusammenhängen auf den Grund zu gehen, Betroffenheiten und Interessenlagen zu analysieren, Wertpositionen zu klären oder zu entwickeln, die individuellen und kollektiven politischen Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren, nach noch nicht thematisierten Alternativen zu fragen, ein begründetes Urteil über Lage, Ziele, Maßnahmen, Wirkungen

und Nebenwirkungen zu entwickeln und gegebenenfalls selbst, allein oder mit anderen, politisch aktiv zu werden.

Die Aufmerksamkeit für Probleme und Krisen ist selektiv, interessenbezogen und machtabhängig (Mergel 2012). Die politische Bildung muss deshalb auch für stille und stillgestellte politische Probleme und Krisen sensibel sein und nicht nur das behandeln, was oben auf der öffentlichen Agenda steht (Maurer 2017). Dabei hilft eine subjektorientierte Herangehensweise, die die Menschen in Bildungsprozessen selbst zu Wort kommen lässt, ihre Problem-sicht und Interessen, Erfahrungen und Vorschläge ernstnimmt und sie nicht nur mit dem konfrontiert, was von ihnen als persönlicher Beitrag zur Lösung vordefinierter Krisen erwartet wird. Zugleich ist es für die politische Bildung selbstverständlich, einzufordern, dass Bürger*innen die Herausforderungen der Demokratie durch Krisen aufgreifen und selbst Verantwortung für die Demokratie übernehmen (Noetzel 2018). Sachlich ergibt sich dies daraus, dass die Bewältigung tiefgreifender Krisen ohne Beteiligung der Bürger*innen – in welcher Form auch immer – kaum gelingen wird.

Die politische Bildung verfügt über die professionelle Kompetenz, das relevante Wissen und Können aufzuarbeiten und in organisierten Bildungsprozessen bereitzustellen sowie die sachinformierte und wertebasierte Urteilskraft und Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden zu fördern. Angesichts großer und vielfältiger Herausforderungen bekommt eine möglichst breite, alle gesellschaftlichen Gruppen einschließende Verständigung eine herausragende Bedeutung (Haarmann u. a. 2020). Die politische Bildung ist der natürliche, erfahrene und kompetente Akteur, um diese Verständigungsprozesse zu organisieren und zu moderieren. Dabei geht es immer auch um die grundlegende Frage, in welcher Welt wir leben wollen und was von wem wie und mit welcher Legitimation zu tun ist, damit diese politische, wirtschaftliche und soziale Welt auch Wirklichkeit werden kann.

Es ist evident, dass sich die politischen Bildungsprozesse, welche zur Beantwortung dieser Frage beitragen sollen, nicht auf schulisches Lernen begrenzen lassen. Dies wäre eine maßlose Überforderung der Institution und ihrer Lehrenden und Lernenden. Notwendig erscheinen vielmehr kollektive Lernprozesse, die über nur individuelle Reflexionen hinausweisen und auch eine „gesellschaftliche Selbstbefragung“ (Gulowski/Oppelt 2018) bezüglich der grundlegenden Bedingungen des Zusammenlebens miteinschließen. Politische Bildung, die als lebenslanges Lernen (Lange/Oefering 2014) das Lernen sowohl in formalen wie auch non-formalen und informellen Kontexten im Blick hat (Oefering 2020), kann maßgeblich zu diesen kollektiven Lernprozessen beitragen und sowohl Heranwachsenden als auch Erwachsenen Wege aufzeigen, sich in die politischen

Prozesse einzubringen und diesem im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen (Hedtke 2020).

Die Freiheit der persönlichen Entscheidung, politisch aktiv zu werden oder nicht, bleibt davon unberührt, auch in Krisenzeiten. Das gilt gleichermaßen für fundierte individuelle Antworten auf die wichtige Frage, ob die gegenwärtigen Krisen eine fundamentale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft verlangen und ermöglichen oder nicht und welchen Anforderungen die Transformation genügen muss (Eis/Salomon 2014). Diesen Prozess der persönlichen Positionsbestimmung, die in einer Demokratie immer dadurch bereichert wird, dass sie in der Gruppe und in Auseinandersetzung mit anderen und deren Positionen entwickelt wird, fördern die Angebote der formalen und non-formalen politischen Bildung (Hufer 2019). Die politische Bildung bietet auch den professionell gestalteten Raum für die Verständigung der Bürger*innen darüber, ob und welche Transformationsprozesse wo zu und wie politisch angestoßen und gestaltet werden sollen.

Sowohl in der formalen wie der non-formalen politischen Bildung kommt es deshalb darauf an, Räume der gemeinsamen Reflexion zu schaffen, in denen die Teilnehmenden sich über Probleme und Krisen austauschen, sie analysieren und beurteilen sowie politisches Handeln initiieren können. Politische Bildung wirkt demokratisch integrativ, weil sie Orte organisiert, an denen sonst sozial voneinander entfernte und kaum miteinander kommunizierende Menschen zusammenkommen und als Bürger*innen die gemeinsamen Angelegenheiten verhandeln. Diese Praxen politischer Bildung stärken die demokratische Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen krisenhaften Herausforderungen, mit denen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch die einzelnen Menschen konfrontiert sehen.

Politische Mündigkeit als Ziel der politischen Bildung

Eben nicht sogenannte Menschenformung, weil man kein Recht hat, von außen her Menschen zu formen; nicht aber auch bloße Wissensübermittlung, deren Totes, Dinghaftes oft genug dargetan ward, sondern die Herstellung eines richtigen Bewusstseins [...] Das heißt: eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß arbeiten soll, verlangt mündige Menschen. Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen. (Theodor W. Adorno)

Eine Gesellschaft von Mündigen als Ausgangspunkt und Zielhorizont politischer Bildung ist eine tiefe und nachhaltige Grundlegung für den normativen Auftrag, der politische Bildner*innen treibt und trägt. Es ist die gemeinsame Verpflichtung zum Diskurs und eine Richtschnur pädagogischen und didaktischen

schen Agierens. Kern der Mündigkeitsvorstellung ist dabei die Befähigung zur Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen, welches gleichermaßen Voraussetzung und Ziel politischer Bildung ist.

Politische Mündigkeit ist dabei nicht als Zustand zu verstehen, sondern als dauerhafter und komplexer Prozess, der auf der Fähigkeit zum analytischen Denken, der Urteilsbildung, der Perspektivenwahrnehmung, Kritik- und Konfliktfähigkeit sowie der Handlungsfähigkeit des Subjektes aufbaut. Er umfasst aber auch gleichermaßen die Fähigkeit zu Empathie wie auch der Ambiguitätstoleranz. „Politische Mündigkeit als Modus rationaler, distanziert-unterkühlter Urteilsbildung“ (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, 17) stößt nicht nur bei unüberwindlichen Konflikten, sondern auch bei der Berücksichtigung von Emotionen als notwendigem Bestandteil politischen Lernens und Handelns an ihre Grenzen.

Politische Bildung ist dabei sowohl eine professionelle Haltung als auch eine professionelle Strategie. Politische Mündigkeit als Ausgangspunkt stellt das Individuum in den Mittelpunkt der initiierten Lernprozesse. Seine Bedingungen, Betroffenheiten und Bedarfe zu kennen, ist Voraussetzung mündigkeitsorientierter Bildung; seine Kompetenz, selbstbestimmt handeln zu können, das Ziel. Angesichts der aktuellen Debatten über die Rolle der Politischen Bildung als Extremismusprävention erscheint es notwendig, die prinzipielle Befähigung zur Mündigkeit als Potential jedes Individuums zu betonen (siehe Politische Bildung für die Demokratie! Positionspapier der DVPB (2020)). Auch wenn politische Bildung einen Beitrag zur Prävention von anti-demokratischen Einstellungen leisten kann, so ist es nicht ihre vorrangige Aufgabe.

Das Bekenntnis zur prinzipiellen Offenheit von mündigkeitsorientierten Bildungsprozessen muss auch das Risiko ihres möglichen Scheiterns ertragen. „Mündigkeit umfasst die Reflexion über die eigene Mündigkeit und über verschiedene Vorstellungen von Mündigkeit. Dafür muss der Unterricht [und die außerschulische politische Bildung, die Verf.] Raum geben. Auch dies bleibt ergebnisoffen, einschließlich einer individuellen Mündigkeitsverweigerung“ (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, 16).

Politische Bildung zielt auf „Politik-Lernen“ und nimmt daher „Demokratie immer auch als Macht- und Herrschaftsverhältnis mit Stärken und Schwächen, Beharrungskräften und Brüchen, Konflikten und Krisen wahr“ (DVPB 2020). Als Strategie bedarf politische Bildung eines professionellen Selbstverständnisses, welches auf den Elementen des Beutelsbacher Konsenses als normativer Basis aufbaut und methodische sowie analytische Kompetenzen umfasst. Die Orientierung an den Interessen der Adressat*innen gehört hier ebenso dazu wie die Reflexion von Macht- und Herrschaftsstrukturen. Die Verankerung einer

auf Schule wie außerschulisches Lernen bezogenen Didaktik der politischen Bildung an den Hochschulen und die Förderung ihrer Forschungsleistungen sind wesentliche Säulen der Stärkung dieses Professionsverständnisses.

Die Aufgabe einer mündigkeitsorientierten politischen Bildung besteht auch in der Selbstbehauptung als Disziplin, deren Berechtigung nicht auf die Verhinderung von anti-demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen reduziert werden darf. Es bleibt eine Herausforderung, den rationalen und wertschätzenden politischen Diskurs in der Demokratie als Grundlage für die Wirksamkeit politischer Mündigkeit angesichts zunehmender Emotionalisierung und Polarisierung der Debatten zu bewahren.

Partizipativ und emanzipativ – Kernmerkmale politischer Bildung

Bereits in den 1970er Jahren rückten mit den Arbeiten Rolf Schmiederers die Begriffe Kritik und Emanzipation als zentrale Elemente politischer Bildung in den Fokus. Er betonte, dass politische Bildung einer Orientierung an den Lebensbedingungen und Wirklichkeiten der Kinder und Jugendlichen sowie einer gesellschaftskritischen Analyse der bestehenden Verhältnisse bedürfe. Dies führe zur Emanzipation der Lernenden. Dabei stehe die Entwicklung mündiger Bürger*innen mit kritisch reflektiertem Bewusstsein durch emanzipatorische Bildung im Fokus (Schmiederer 1971, 32ff.). Oskar Negt zufolge ist Emanzipation vor allem die „Herstellung von freier Entscheidungsfähigkeit, die Aufhebung einer Vormundschaft“ (Negt 2013, 35). Gelingen kann dies nur, wenn kritisch reflektiertes Denken selbstverständlicher Teil der Selbst- und Weltaneignung der Lernenden ist. Denn „Emanzipation bedeutet nicht zuletzt, sich selbst zu emanzipieren“ (Mende 2009, 120).

Auch Klaus-Peter Hufer weist darauf hin, dass Emanzipation nicht verordnet werden kann:

Wer sich anmaßt, andere Menschen „emanzipieren“ zu wollen, hat nicht begriffen, dass Emanzipation auf der einen und Manipulation, Agitation oder Indoktrination auf der anderen Seite sich wechselseitig ausschließende Gegensätze sind. (Hufer 2017, 14 f.)

Die Emanzipation der Lernenden ist daher eher das Ziel politischer Bildung als eine durch sie zu fördernde Kompetenz oder Fähigkeit. Emanzipation der Lernenden muss immer Ziel allen Handelns politischer Bildner*innen sein, wenngleich es in der formalen Bildung aufgrund von strukturellen Zwängen deutlich schwieriger zu erreichen ist als in non-formalen Bildungszusammenhängen.

Emanzipation ist dabei eng mit dem Kritikbegriff verbunden. Denn auch wenn Emanzipation nicht gelehrt werden kann, so können Lernende dazu befähigt werden, sich die Welt mit einem kritischen Blick anzueignen. Nach diesem Verständnis muss politisches Lernen vor allem einen kritischen Blick auf bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse ermöglichen. Schüler*innen lernen dabei, gesellschaftliches Ideal und gesellschaftliche Realität ins Verhältnis zu setzen. So werden die Grundlagen für kritisch reflektierte Analysefähigkeiten aufgebaut. Kritik schärft das „Denken in Alternativen“ (Steffens 2013, 261). Nur eine selbstbestimmte reflektierte Haltung mündiger Bürger*innen führt zu Engagement und politischer Praxis, die nachhaltig bestehende Verhältnisse, aber auch das eigene Engagement kritisch hinterfragt.

Kritikfähigkeit zu entwickeln ist somit Voraussetzung für eine partizipative politische Bildung, deren Ziel es ist, die Handlungsfähigkeit der Lernenden zu stärken. Politische Handlungskompetenz ist die Fähigkeit, „zusammen mit Gleichgesinnten, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen oder Parteien an der Durchsetzung eigener Interessen sowie der Beseitigung sozialer Missstände zu arbeiten“ (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, 147). Der Politikdidaktiker Peter Henkenborg (2008) bringt in seinen Überlegungen zu Demokratiekompetenzen die politische Handlungsfähigkeit ebenfalls unmittelbar mit Erfahrungen tatsächlicher Partizipation zusammen. Handlungskompetenz sei demnach auch die Fähigkeit „selbstbestimmt Bürgerrollen zu wählen und auszufüllen“ (Henkenborg 2008, 215). Auch für die außerschulische politische Bildung wird die Bedeutung der politischen Handlungskompetenz hervorgehoben. Benedikt Widmaier (2011, 107) fordert, dass reales politisches Handeln und damit verbundene Lernprozesse erfahrbar gemacht werden sollten.

Ziel politischer Bildung ist die Befähigung zur zivilen Austragung von politischen Konflikten und die Emanzipation des Subjekts. Die feste Verankerung der formalen und non-formalen politischen Bildung zur Vermittlung des notwendigen Orientierungs- und Deutungswissen ist konstitutiv, aber nicht ausreichend. Politische Bildung muss emanzipatorisch und partizipativ sein, in der Schule und in der außerschulischen Bildung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, darf politische Bildung sich weder als neutral verstehen noch von politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Interessen instrumentalisiert werden.

Politische Bildung politisieren, statt neutralisieren

Man muss Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrückten, niemals dem Opfer, Stillschweigen bestärkt den Peiniger, niemals den Gepeinigten.
Elie Wiesel (1928 – 2016)

Neutralität taugt nicht für die Demokratie (Reinhardt 2021). Politische Bildung ist nicht neutral, sondern sie bezieht Position für Grundwerte der Demokratie.

Politische Bildung hat eine aufklärende Funktion und orientiert sich am Leitprinzip der Mündigkeit (s.o.). Sie vermittelt das notwendige fachliche Orientierungs- und Deutungswissen zur Analyse und Beurteilung von gegenwärtigen und zukünftigen sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnissen, um Handlungskompetenzen zur eigenen Lebensgestaltung auch in unsicheren Zeiten zu entwickeln. Die damit verbundenen Bildungsprozesse müssen in der schulischen und außerschulischen Bildung die Vielschichtigkeit politischer Kontroversen und Konflikte aufgreifen. Den normativen Rahmen stellen die Grund- und Menschenrechte dar, die als Kern nicht zur Disposition stehen dürfen. Politische Bildung für Demokratie hat zur Aufgabe, zum Erwerb der Mündigkeit der Adressat*innen in der Schule und in der außerschulischen Bildung beizutragen. Dafür bedarf es geeigneter methodisch-didaktischer Verfahren, die kontroverse thematische Auseinandersetzungen zur Förderung der eigenen Urteilsfähigkeit ermöglichen.

Politischen Bildner*innen machen ihre Position zu den politischen Kontroversen und Konflikten transparent, um so ihren Bürger*innenstatus authentisch zu demonstrieren, denn gelingende politische Bildung ist immer parteilich. Die Befähigung, eine pädagogisch sinnvolle Entscheidung über das Offenlegen der eigenen Haltung zu treffen, muss als Teil professioneller Kompetenz betrachtet werden und somit z.B. auch Teil der Ausbildung politischer Bildner*innen sein (vgl. Geller 2020; Wayne 2016). Politische Bildner*innen sollten klar und inhaltlich fundiert Stellung beziehen gegen geäußerte antidemokratische Positionen im Unterricht und in Seminaren, dabei aber das Schwingen der „Moralkeule“ (Sander 2001, 52) vermeiden.

Aus dem Beutelsbacher Konsens und unter Bezug auf die Menschenrechte und die Demokratie ist die Parteilichkeit für Ausgeschlossene als Maxime politischer Bildung den Neutralitätsforderungen entgegenzusetzen, um jenen Menschen eine Stimme geben, die von Praxen der Exklusion betroffen sind und deren Positionen im öffentlichen Diskurs wegen des fehlenden Organisierungs-

grades ihrer Interessen kaum sichtbar werden. Politische Bildung in der und für die Demokratie bedeutet also immer auch zu fragen, warum Menschen nicht partizipieren können, dies zu reflektieren und den Ausgeschlossenen Möglichkeiten zur Partizipation verschaffen. Es gilt in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, denen eine „Stimme zu geben“, die keine haben und ihnen subjekt- und handlungsorientiert Partizipationschancen aufzuzeigen. Eine auf Mündigkeit und Partizipation ausgerichtete politische Bildung sollte Möglichkeiten zur emotionalen Auseinandersetzung mit Kontroversen zur Entwicklung des eigenen Urteils bieten. Partizipation und Position zu beziehen sind nicht von sich aus Ausdruck einer demokratischen Haltung. Deshalb ist die Ebene von unterschiedlichen Qualitäten (Begründungsniveaus, Widerlegungsbereitschaft) selbst zu thematisieren.

Politische Bildung stärken: Jetzt!

Die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen sind vielfältig. Politische Bildung kann hierfür nicht als „Krisenhelferin“ fungieren, aber sie hat eine wesentliche Funktion in der Demokratie. Ob in der frühkindlichen Bildung, der Schule, der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in außerschulischen Lernorten und Bildungsstätten – politische Bildung schafft Räume, um Menschen allen Alters dabei zu begleiten jene Fähigkeiten auszubilden, die notwendig sind, um mündig und selbstbestimmt die politischen Verhältnisse analysieren, kritisch hinterfragen und beurteilen zu können, um sich einzumischen und an der stetigen Weiterentwicklung des Zusammenlebens in der Demokratie mitzuwirken. Politische Bildung hat als Bildungsauftrag Verfassungsrang – nur vier Bundesländer räumen ihr bis heute keinen Verfassungsrang ein (Kenner 2020) – und nimmt eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Bürger*innen hin zur Mündigkeit ein.

Dieser Stellenwert der politischen Bildung wird heute kaum noch in Frage gestellt. Das ist ein Verdienst einer Disziplin, den sich engagierte politische Bildner*innen in Forschung und Praxis im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erarbeitet haben. Die Bedeutung politischer Bildung zeigt sich zunächst auch in vielfältigen politischen Maßnahmen und Äußerungen: Die Konferenz der Kultusminister*innen (KMK) verabschiedet regelmäßig Beschlüsse zur Stärkung der politischen Bildung (KMK 2018 etc.), in den Ländern wird die Bedeutung der politischen Bildung auf verschiedenen Wegen hervorgehoben. Schleswig-Holstein hat 2019 das Jahr der politischen Bildung ausgerufen, im gleichen Jahr veröffentlicht das Land Berlin ein Strategiepapier Politische Bildung (SenBJF

2019), Niedersachsen plant für das Jahr 2021 die Veröffentlichung eines Erlasses Demokratiebildung an Schulen (Niedersächsisches Kultusministerium 2021). Bildungspolitiker*innen alle Länder betonen immer wieder die Notwendigkeit politischer Bildung in der Schule und darüber hinaus.

Doch handelt es sich dabei um mehr als geduldiges Papier und symbolische Gesten? Für die Schule offenbaren zwei aktuelle Studien, wie es um die politische Bildung tatsächlich steht:

Im Durchschnitt entfallen pro Schulwoche im Unterricht bestenfalls 17 bis 20 Minuten auf politisches Lernen. Jeder Jugendliche hat rechnerisch wöchentlich etwa 20 Sekunden Zeit, um seine politische Position vorzutragen und mit anderen darüber zu sprechen. (Gökbudak/Hedtke 2018, 2)

Zu dieser Erkenntnis kommen Mahir Gökbudak und Reinhold Hedtke im Zuge des Rankings politische Bildung 2018. Sie haben dafür verglichen, wieviel Zeit für die politische Bildung auf der Stundentafel der sechzehn Bundesländer vorgesehen ist. Das Ranking führen die beiden Forscher seither fort und kommen auch 2020 zu dem Schluss, dass politische Bildung zu spät einsetzt und zu wenig Zeit dafür zur Verfügung steht (Gökbudak/Hedtke 2020).

Die Berliner Politikdidaktikerin Sabine Achour kommt in einer Untersuchung, die sie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit Susanne Wagner durchgeführt hat, zu einem eindeutigen Ergebnis: „Wer hat, dem wird gegeben“ (Achour/Wagner 2019). Bei ihrer gleichnamigen Studie haben die Autorinnen mehr als 3.000 Schüler*innen von 99 Schulen aller Schultypen befragt. Das Ergebnis: Schüler*innen am Gymnasium kommen öfter und länger mit politischer Bildung in Kontakt und sie empfinden den Unterricht als abwechslungsreicher und ansprechender.

Vor allem die Schüler_innen an den Gymnasien, welche häufiger aus bildungsnahen Elternhäusern kommen, über ein höheres kulturelles und oft auch soziales Kapital verfügen, profitieren nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von den hochwertigeren Angeboten der politischen Bildung. (Achour/Wagner 2019, 1)

Leider scheint sich trotz der empirischen Befunde und der teils deutlichen Bekenntnisse zur politischen Bildung in der Landespolitik kaum etwas zu verändern. Positiv hervorzuheben ist jedoch etwa das Land Berlin, das zuletzt das Unterrichtsfach Politische Bildung wieder auf die Stundentafel der Schüler*innen der Sekundarstufe I gebracht hat. In anderen Ländern steht eher

der Wunsch im Fokus, ökonomische Bildung zu stärken. So führte bspw. die Grün-Rote Landesregierung von Baden-Württemberg – auch auf Drängen von Wirtschaftslobbyist*innen – das Fach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ ein und entkoppelt damit die Analyse von wirtschaftlichen Prozessen von gesellschaftlichen Entwicklungen (Kenner/Lange 2016, 7). Aktuell versucht die Schwarz-Gelbe Landesregierung in NRW gegen breiten Widerstand eine Umstrukturierung des Lehramtsstudiums durchzusetzen, die ökonomische Anteile deutlich ausweitet und gesellschaftliche marginalisiert. Das stark ausgeprägte Misstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung bezüglich der Umsetzung der Demokratie und der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht politischer Institutionen (Statistisches Bundesamt u.a. 2021, 388) könnte durch die Priorisierung von Wirtschaftsunterricht noch verstärkt werden. Besonders Kinder und Jugendliche, in deren Familien ein negatives Politikkonzept besteht und die ihre politische Wirksamkeit gering einschätzen, könnten sich weiter gesellschaftlich zurückziehen (Kroh/Könnecke 2013, 8 f.), wenn ihre Chancen, sich als demokratisch handelnde, politische Menschen entdecken und entwickeln zu können, weiter gemindert werden.

Auch die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung gerät unter Druck. Immer wieder steht sie unter dem Generalverdacht der Indoktrination, Träger und Vereine werden vom Verfassungsschutz beobachtet, ihnen wird die Gemeinnützigkeit aberkannt oder sie werden öffentlich angefeindet, weil sie sich klar gegen Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit positionieren. Es fehlt an einer klaren Haltung und Unterstützung durch politische Entscheidungsträger*innen sowie einer verlässlichen Finanzierung von Dauerstellen und einer strukturellen Förderung der politischen Bildung ohne Instrumentalisierung als vermeintliche Präventionsbildung (Widmaier 2019).

Politische Bildung als zentraler Bildungsauftrag, basierend auf Grund- und Menschenrechten als ihrem Fundament, gilt es bundesweit mit Verfassungsrang auszustatten. Leider ist das bis heute in vielen Bundesländern nur ansatzweise, in einigen Ländern gar nicht gegeben. In ihrer Initiative fordert daher beispielweise der Landesverband Niedersachsen der DVPB folgenden Passus in die Landesverfassung aufzunehmen:

Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, selbständiges kritisches Denken, Urteilen und Handeln, die Achtung der Würde der Menschen in Anerkennung der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit, dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit, Friedfertigkeit im Zusammenleben aller Menschen und Verantwortung für die Umwelt zu fördern. Ihr Ziel ist die Stärkung des konsequenten Eintretens gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Mündigkeit der Bürgerinnen und

Bürger. Dieser Bildungsauftrag wird in allen öffentlichen Schulen durch ein ordentliches Unterrichtsfach sowie durch demokratische Schulentwicklung erfüllt und ist zugleich Grundlage für die außerschulische politische Bildung. (DVPB Niedersachsen 2020)

Für die Schule fordert der Bundesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) schon seit Jahren mindestens zwei Wochenstunde für das Fach in allen Jahrgangsstufen und jeder Schulform (DVPB 2018). Aber auch über das Unterrichtsfach hinaus muss politische Bildung als Schulprinzip rechtlich verankert werden. Schüler*innenvertretungen muss zugestanden werden ein allgemeinpolitisches Mandat auszuführen, andernfalls blockiert die Schule weiter den politischen Sozialisationsprozess von Schüler*innen. Wichtige Entscheidungsgremien wie Schulvorstand oder Schulkonferenzen müssen paritätisch besetzt und politische Lernprozesse auch in fächerverbindenden und projektorientierten Konzepten ermöglicht werden. Schulen brauchen dafür ein zweckgebundenes Budget für politische Bildung. Die Schule muss sich als politischer Sozialisationsraum verstehen und jungen Menschen Freiräume für reale politischen Handlungserfahrungen zur Verfügung stellen. Erst dann ist Schule mehr als eine Lehranstalt. Erst dann kann Schule ein Lernort der Demokratie sein (Kenner 2021).

Für die politische Bildung braucht es eine Ausfinanzierung der Bildungsarbeit, die nicht länger auf die befristete Finanzierung von Projekten fokussiert ist. Die politische Bildung muss zur Erfüllung ihres zivilgesellschaftlichen Auftrages dauerhaft institutionell schulisch und außerschulisch gefördert werden, wie es auch der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert (BFFSJ 2020). Die Förderung darf nicht abhängig davon sein, ob damit aktuellen gesellschaftspolitischen Verwerfungen entgegengewirkt werden kann. Hier sind insbesondere die Träger der außerschulischen politischen Bildung als wichtige Säule der politischen Bildung zu betrachten, da sie viele Möglichkeiten bieten, sich mit kontroversen Themen und Konflikten, die in der schulischen politischen Bildung nicht in der notwendigen Tiefe oder Breite bedient werden können, sowie weiteren aktuellen Themen im Sinne des lebenslangen Lernens subjektorientiert kritisch und reflektiert auseinander zu setzen. Es sollte aber eben auch eine klare Abgrenzung zu Präventionsprogrammen, die auf aktuelle gesellschaftliche Problemlagen reagieren, erfolgen. Denn diese Programme sind häufig defizitorientiert, ein Instrument von Sicherheits- und Ordnungspolitik und in ihrer Funktionslogik des reaktiven Agierens komplett unterschiedlich zur Offenheit der Prozesse von politischer Bildung (Bartels 2021; Widmaier 2019). Die derzeitige bundesweite Primärprävention insbesondere im Extre-

mismusbereich wird instrumentalisiert, um eine „Versicherheitlichung“ der Landschaft politischer Bildung zu organisieren – dieser Ansatz entspricht nicht dem Selbstverständnis politischer Bildung.

Politische Bildung ist eine Daueraufgabe in einer Demokratie. Sie umfasst Bildung für nachhaltige Entwicklung genauso wie menschenrechtsorientierte Bildung, Arbeit in Bildungsstätten, Begegnungshäusern, Jugendclubs und Seniorentreffs in Volkshochschulen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zentral ist die Bereitstellung von partizipativen zeitlich unbefristeten und finanziell abgesicherten subjektorientierten Angeboten, damit politische Bildung ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Die politische Bildung muss dauerhaft gefördert werden, um ihren Beitrag zur Entwicklung von mündigen, demokratiekompetenten und partizipationsfähigen Bürger*innen leisten zu können. Politische Bildung ist nicht als „Feuerwehr“ in Krisensituationen zu betrachten, denn die damit verknüpften Erwartungen, Brände kurzfristig zu löschen, erweisen sich als unrealistisch, da Demokrat*innen nicht vom Himmel fallen, sondern Demokratie vom Menschen durch Menschen erlernt und erlebt werden muss, ein Leben lang (Negt 2018).

Literaturverzeichnis

- ACHOUR**, Sabine/Wagner, Susanne (2019) „Wer hat, dem wird gegeben.“ Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen – Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15466.pdf> (Zugriff: 3.5.2021).
- AUTORENGRUPPE** Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Frankfurt/M.
- BUNDESMINISTERIUM** für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht zur Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter.
- COOPER** Geller, Rebecca (2020): Teacher political disclosure in contentious times: A „responsibility to speak up“ or „fair and balanced“? In: *Theory and Research in Social Education* 48(2), S. 1–29.
- DVPB** (2018): Demokratie-Auftrag von Schule erfüllen, Politische Bildung stärken! Hannover. Online: <http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/01/d735e1efbb8eda503c44356c1a894035.pdf> (Zugriff: 3.5.2021).
- DVPB** Landesverband Niedersachsen (2020): Politische Bildung braucht Verfassungsrang in Niedersachsen. Hannover. Online: https://www.dvpb-nds.de/images/2020/PolBildung_Landesverfassung.pdf (Zugriff: 3.5.2021).
- EIS**, Andreas/Salomon, David (Hg.) (2014): Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung (Wochenschau Wissenschaft). Schwalbach/Ts.

- GÖKBUDAK**, Mahir/Hedtke, Reinhold (2018): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019. In: Didaktik der Sozialwissenschaften – Working Papers; 11. Bielefeld: Fakultät für Soziologie – Didaktik der Sozialwissenschaften. Online: <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2934293> (Zugriff: 3.5.2021).
- GÖKBUDAK**, Mahir/Hedtke, Reinhold (2018): 3. Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. In: Didaktik der Sozialwissenschaften Working Papers; 9. Bielefeld: Fakultät für Soziologie – Didaktik der Sozialwissenschaften. Online: <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2941780> (Zugriff: 3.5.2021).
- GULOWSKI**, Rebecca/Oppelt, Martin (2018): Wir, neu betrachtet. Demokratische Selbstverortungen. Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 3, S. 4–9.
- HAARMANN**, Moritz Peter/Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hg.) (2020): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung (Bürgerbewusstsein). Wiesbaden.
- HENKENBORG**, Peter (2008): Kategoriale Bildung und kompetenzorientierte politische Bildung. In: Weißeno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat. Bonn, S. 213–230.
- HEDTKE**, Reinhold (2020): Interessen statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung. In: Szukala, Andrea/Oeftering, Tonio (Hg.): Protest und Partizipation. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Perspektiven. Baden-Baden, S. 69–83.
- HUFER**, Klaus-Peter (2017): Weiter aktuell: Emanzipation in der politischen Bildung. In: Greco, Sara Alfa/Lange, Dirk (Hg.): Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der politischen Bildung (Politik und Bildung). Schwalbach/Ts., S. 14–21.
- HUFER**, Klaus-Peter (2019): Unzertrennbar: Politische Erwachsenenbildung und die Demokratie. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 3–2019, S. 209–217.
- JOURNELL**, Wayne (2016): Making a Case for Teacher Political Disclosure. In: Journal of Curriculum Theorizing 1/2016, S. 100–111.
- KENNER**, Steve (2021): Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen. Wiesbaden.
- KENNER**, Steve/Lange, Dirk (2016): Das Fach Wirtschaft als trojanisches Pferd? In: Erziehung und Wissenschaft. Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung (E&W), Jg. 68, (12) 2016, S. 6–9.
- LANGE**, Dirk/Oeftering, Tonio (Hg.) (2014): Politische Bildung als lebenslanges Lernen. Schwalbach/Ts.
- LOTZ**, Mathias/Pohl, Kerstin (Hg.) (2019): Gesellschaft im Wandel. Neue Aufgaben für die politische Bildung und ihre Didaktik. Frankfurt/M.
- LÖSCH**, Bettina (2020): Wie politisch darf und sollte Bildung sein? Die aktuelle Debatte um ‚politische Neutralität‘ aus Sicht einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung. In: Gärtner, Claudia/Herbst, Jan-Hendrik (Hg.): Kritisch-emanzipatorische Religionspädagogik. Wiesbaden, S. 383–402.

- MAURER**, Marcus (2017): Agenda-Setting. Baden-Baden.
- MERGEL**, Thomas (Hg.) (2012): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt/M.
- MENDE**, Janne (2009): „Let’s change the World“? Bedingungen für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung. In: Mende, Janne/Müller, Stefan (Hg.): Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten. Schwalbach/Ts., S. 112–134.
- NEGT**, Oskar (2013): Emanzipation ist der Ausgangspunkt von allem; Zu einem Schlüsselbegriff politischer Bildung. In: Hufer, Klaus-Peter (Hg.): Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 35–37.
- NEGT**, Oskar (2018): Gesellschaftspolitische Herausforderungen für Demokratiebildung. In: Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung (Politik und Bildung; Band 84). Frankfurt/M., S. 21–25.
- NOETZEL**, Thomas (2018): Politische Bildung in der Krise. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 9 (2018) 1, S. 135–146.
- OEFTERING**, Tonio (2020): Formales, non-formales und informelles Lernen. In: Achour, Sabine et al. (Hg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S. 79–83.
- NIEDERSÄCHSISCHES** Kultusministerium (2021): Entwurf des Erlasses „Stärkung der Demokratiebildung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“. Hannover. Online: <https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/anhorungsverfahren/entwurf-des-erlasses-staerkung-der-demokratiebildung-an-allgemein-bildenden-und-berufsbildenden-schulen-in-niedersachsen-196627.html> (Zugriff: 3.5.2021).
- REINHARDT**, Sibylle (2019): Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens. Kommentar zum Portal „Neutrale Schulen“ der AfD in Hamburg. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. 1/2019, S. 1–7.
- SANDER**, Wolfgang (2001): Politik entdecken – Freiheit leben. Schwalbach/Ts.
- SANDER**, Wolfgang (Hg.) (2014): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts.
- SCHMIEDERER**, Rolf (1971): Zur Kritik der politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des politischen Unterrichts. Göttingen.
- SCHNEEKLOTH**, Ulrich/Albert, Mathias (2019): Jugend und Politik. Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Weinheim, S. 47–101.
- SENATSV ERWALTUNG** für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) (2019): POLITISCHE BILDUNG AN BERLINER SCHULEN. Eine integrative Gesamtstrategie. Berlin. Online: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/> (Zugriff: 3.5.2021).
- STATISTISCHES** Bundesamt u.a. (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn. Online: https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 3.5.2021).

- STEFFENS, Gerd** (2013): Bildungspotenziale der Kritik – Eine notwendige Erinnerung. In: Widmaier, Benedikt/Overwien, Bernd (Hg.): Was heißt heute kritische politische Bildung? Schwalbach/Ts., S. 256–264.
- WIDMAIER, Benedikt** (2019): Verschärfter Konkurrenzkampf? Politische Bildung im Spannungsfeld extremismuspräventiver Anforderungen und professioneller Selbstbehauptung. In: Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hg.): Auf zu neuen Ufern. Warum Politische Bildung und Mobile Beratung mehr sein müssen als Extremismusprävention, S. 10–15.
- WIDMAIER, Benedikt** (2011): Politische Bildung und politische Aktion. Eine aktuelle Herausforderung für non-verbale Bildung. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 101–110.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Schriftenreihe der DVPB

Steve Kenner, Tonio Oeftering (Hg.)

Standortbestimmung Politische Bildung

Gesellschaftspolitische Herausforderungen, Zivilgesellschaft und das vermeintliche Neutralitätsgebot

Wo steht die Politische Bildung? Der Band nimmt eine Standortbestimmung vor. Diskutiert werden gesellschaftspolitische Herausforderungen wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und der Klimawandel und didaktische Herausforderungen wie die Frage nach der Normativität sowie das vermeintlichen Neutralitätsgebot politischer Bildung. Für politische Bildner*innen in allen Bereichen bietet das Buch zahlreiche Anlässe, über die eigene Profession und Professionalität zu reflektieren. Nachwuchskräfte finden Argumente, um den eigenen Standpunkt in komplexen thematischen Zusammenhängen zu verorten.



ISBN 978-3-7344-1352-0, 224 S., € 29,90

PDF ISBN 978-3-7344-1353-7, € 28,99



Lothar Harles, Dirk Lange (Hg.)

Zeitalter der Partizipation

ISBN 978-3-89974833-8,

272 S., € 26,80

PDF: ISBN 978-3-7344-1289-9,

€ 25,99



Dirk Lange (Hg.)

Entgrenzungen

ISBN 978-3-89974653-2,

410 S., € 39,80





**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Positionen der politischen Bildung

Klaus-Peter Hufer, Tonio Oeftering, Julia Oppermann (Hg.)

Positionen der politischen Bildung 3

Interviews zur außerschulischen Jugend-
und zur Erwachsenenbildung

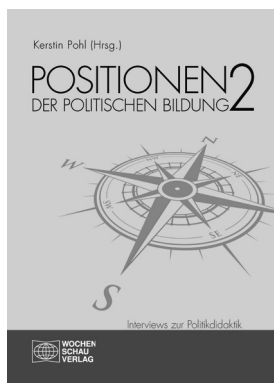
Was bewegt politische Jugend- und Erwachsenenbildner*innen? Vor welchen Herausforderungen stehen sie und mit welchen Bildungsangeboten reagieren sie darauf? Professionelle Akteure geben Antworten auf diese und andere Fragen. Sie vermitteln Einblicke in ihren beruflichen Alltag und geben Auskunft, wie sie junge und ältere Menschen dazu motivieren, Veranstaltungen der politischen Bildung zu nutzen.

Interviews mit: Helle Becker, Christian Boeser, Helmut Bremer, Sabine Fandrych, Gudrun Hentges, Bettina Lösch, Barbara Menke, Tonio Oeftering, Melanie Piepenschneider, Wibke Riekmann, Falk Scheidig, Michael Sommer, Andreas Thimmel, Jana Trumann, Silke Veth, Benedikt Widmaier, Marion Wisinger, Alexander Wohnig



ISBN 978-3-7344-1184-7, 272 S., € 22,90

PDF ISBN 978-3-7344-1185-4, € 21,99



Kerstin Pohl (Hg.)

Interviews zur Politikdidaktik

ISBN 978-3-7344-0158-9,

560 S., € 32,90

PDF: ISBN 978-3-7344-0159-6,
€ 25,99



Kerstin Pohl (Hg.)

Ein Interviewbuch zur Politikdidaktik

ISBN 978-3-7344-0266-1,

352 S., € 22,90

PDF: ISBN 978-3-7344-0132-9,
€ 17,99





**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Standardwerk

Andreas Kost, Peter Massing,
Marion Reiser (Hg.)

Handbuch Demokratie

Dieses neue Handbuch bietet eine umfassende politikwissenschaftliche Einordnung des Begriffs „Demokratie“. Die Autorinnen und Autoren gehen der Frage nach, was die Demokratie als politisches System auszeichnet. Dazu werden theoretische Grundlagen ebenso berücksichtigt wie aktuelle Herausforderungen. Was macht das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Typen moderner Demokratien aus? Und wie kann Demokratie aussehen – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft?

- Nachschlagewerk für Multiplikator*innen der politischen Bildung
- Grundlagenwissen für Studium und Lehre
- Fundierung von Entscheidungen in Politik und Verwaltung



ISBN 978-3-7344-0951-6, 368 S., € 39,90

PDF ISBN 978-3-7344-0952-3, € 35,99

EPUB ISBN 978-3-7344-1075-8, € 35,99

Mit Beiträgen von

Frank Decker, Ray Hebestreit, Christoph Held, Everhard Holtmann, Dirk Jörke, Uwe Jun, Ulrike Klinger, Sascha Kneip, Karl-Rudolf Korte, Andreas Kost, Bernd Ladwig, Franziska Martinsen, Peter Massing, Wolfgang Merkel, Sybille Münch, Marion Reiser, Emanuel Richter, Helmar Schöne, Marcel Solar



Wo steht die Politische Bildung? Der Band nimmt eine Standortbestimmung vor. Diskutiert werden

- gesellschaftspolitische Herausforderungen wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und der Klimawandel und
- didaktische Herausforderungen wie die Frage nach der Normativität sowie das vermeintlichen Neutralitätsgebot politischer Bildung.

Für politische Bildner*innen in allen Bereichen bietet das Buch zahlreiche Anlässe, über die eigene Profession und Professionalität zu reflektieren. Nachwuchskräfte finden Argumente, um den eigenen Standpunkt in komplexen thematischen Zusammenhängen zu verorten.

Die Herausgeber

Dr. Steve Kenner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie und in der Geschäftsführung des Center for Inclusive Citizenship (CINC), beides an der Leibniz Universität Hannover.

Dr. Tonio Oeffering ist Professor für Politische Bildung/Politikdidaktik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

ISBN 978-3-7344-1352-0



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT